



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras

Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

per E-Mail an:
ds@seco.admin.ch

Bern, 22. Mai 2026

Botschaft Standortförderung 2028–2031 **Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbandes**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Februar 2026 hat das Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF im Auftrag des Bundesrats dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'500 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen bestens.

Die Botschaft Standortförderung 2028–2031 beinhaltet Finanzierungsbeschlüsse im Umfang von insgesamt 392,21 Millionen Franken für Instrumente, deren Finanzierung Ende 2027 ausläuft. Dazu gehören E-Government für KMU, Innotour, Schweiz Tourismus, die Exportförderung sowie die Standortpromotion. Dabei sind massive Kürzungen bei Innotour und Schweiz Tourismus vorgesehen, bei der Regionalpolitik (NRP) gar der komplette Ausstieg, während die Digitalisierung von Behördendienstleistungen (E-Government) für KMU mit wesentlich mehr Mitteln vorangetrieben werden sollen. Die Exportförderung sowie die Standortpromotion sollen ungefähr auf dem heutigen Niveau weitergeführt werden.

Für den SGV ist schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat die Botschaft Standortförderung 2028 – 2031 vor der abschliessenden Beratung des Entlastungspakets 27 (EP 27) im Parlament in die Vernehmlassung gegeben hat. Zu diesem Zeitpunkt war bereits absehbar, dass das Parlament an den Sparvorschläge des Bundesrates in der für die Standortförderung relevanten Bereichen substantielle Korrekturen anbringen würde. Dabei hat das Parlament:

- Bei der **NRP** auf eine Gesetzesanpassung verzichtet. Der Fonds bleibt damit weiterhin bestehen und im Finanzplan sind 10.3 Mio. CHF für 2027 sowie 21.1 Mio. CHF pro Jahr für 2028 und 2029 eingestellt;
- Die Kürzungen bei **Innotour** von 2.7 Mio. CHF auf 0.7 Mio. CHF pro Jahr reduziert;
- Die Mittelkürzungen bei **Schweiz Tourismus** auf 10% anstelle von 20% halbiert.

Der Bundesrat hätte unbedingt die Beschlüsse des Parlamentes zum EP 27 abwarten müssen. Die Vernehmlassungsvorlage geht nun von völlig falschen Annahmen aus und widerspricht den parlamentarischen Entscheiden zum EP27. Der SGV hat daher zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) den Bundesrat per Brief vom 20. März aufgefordert, die laufende Vernehmlassung sofort abzubrechen und zudem um eine Aussprache gebeten.

Auch inhaltlich überzeugen die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen bei NRP, Innotour und Schweiz Tourismus nicht, weshalb der SGV die Vorlage klar ablehnt. Die entsprechenden Bereiche in der Botschaft Standortförderung müssen grundlegend überarbeitet werden. Im erläuternden Bericht lobt der Bundesrat selbst die Effektivität und Sinnhaftigkeit dieser Instrumente, während er gleichzeitig die Mittel massiv kürzen und im Falle der NRP ganz einstellen will. Dies steht im eklatanten Widerspruch zum formulierten Ziel, die Regionen zu stärken. Die Instrumente haben sich auch aus Sicht des SGV bewährt und sind unbedingt fortzuführen und mit genügend Mitteln auszustatten.

Konkret fordert der SGV den Bundesrat auf:

- Die Beschlüsse des Parlamentes im Rahmen des EP 27 zu respektieren und die Kredite für Innotour und Schweiz Tourismus auf deren Basis anzupassen.
- Die NRP aus der Vorlage herauszulösen. Die Inhalte und der Zahlungsrahmen wurden bereits mit dem achtjährigen Mehrjahresprogramm 2024 – 31 durch das Parlament beschlossen. Einen Ausstieg aus der Regionalpolitik, wie er in der Vorlage angekündigt wird, wird vom SGV kategorisch abgelehnt.
- Die Rücknahme der neuen Förderkriterien für Innotour (Beschränkung auf grosse und destinationsübergreifende Projekte), welche das SECO am 1. April publiziert und damit der Vorlage vorgegriffen hat.

Wir verweisen hierzu im Detail auf die Stellungnahme der SAB.

Der SGV begrüsst hingegen, dass der Bundesrat im Bereich der KMU-Politik eine verstärkte Förderung des E-Government vorsieht. Der SGV setzt sich seit Jahren für eine stärkere Nutzung der Potenziale der Digitalisierung in der Verwaltung ein und teilt daher das Anliegen des Bundesrates, hier vorwärtszumachen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktorin



Mathias Zopfi
Ständerat

Claudia Kratochvil-Hametner

Kopie an:

- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Bergegebiete SAB
- Schweizer Tourismusverband STV